



# Landes-SGK EXTRA Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e. V.

## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Jahr 2021 neigt sich langsam, aber sicher dem Ende zu. Lassen wir die vergangenen Wochen und Monate Revue passieren und ziehen wir ein Resümee, so bleibt festzuhalten: Es war ein gutes Jahr für die Sozialdemokratinnen und -demokraten!

Das Ergebnis der Bundestagswahl im September hat uns vor Augen geführt, dass die Wählerinnen und Wähler vor allem der SPD die Fähigkeit zusprechen, möglichst zielführende und zukunftssichere Lösungen für die aktuellen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Mit acht gewonnenen Direktmandaten konnte die SPD auch in Rheinland-Pfalz punkten.

Und auch mit dem Ausgang der rheinland-pfälzischen Landtagswahl im März und der weiter regierenden Ampel-Koalition unter unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer können wir als Partei sehr zufrieden sein.

### Große Erwartungen

Im Moment sind noch immer alle Augen nach Berlin gerichtet – diesmal, um nach dem positiven Abschluss der Sondierungsgespräche nun die Ergebnisse aus den Koalitionsverhandlungen einer Ampel-Regierung mit Spannung zu analysieren. In Olaf Scholz setzt die SGK Rheinland-Pfalz dabei als Vertreter der kommunalen Interessen große Erwartungen für die Zukunft: Für den ehemaligen Ersten Bürgermeister, welcher eine „Ader“ für kommunale Anliegen hat, liegen zahlreiche bedeutsame Themen auf dem Tisch. Dies betrifft sowohl den Bereich der Bildungspolitik im Hinblick eines guten Kita- und Schulangebots, das allen Kindern eine faire Chance für ihre Entwicklung ermöglicht. Aber auch die große Thematik rund um Klimaschutzmaßnahmen und den weiteren Ausbau Erneuer-



Nico Steinbach

Foto: SGK

barer Energien ist für die Kommunen in unserem Land von großer Bedeutung. Bei all diesen Herausforderungen muss auch der Bund seine Verpflichtungen anerkennen!

Ferner hofft die SGK auch auf eine dringend benötigte und lang ersehnte Einigung, was eine tragbare Altschuldenregelung für die besonders stark verschuldeten Kommunen betrifft. Dieses Problem ist leider noch immer nicht gelöst, bekanntermaßen in der abgelaufenen Legislaturperiode von der CDU verhindert worden. Ohne die Perspektive auf eine verlässliche Finanzhilfe sind viele der von Altschulden gebeutelten Gemeinden jedoch kaum zu neuen Investitionen fähig. Von diesen sind wiederum die Selbstständigkeit und die Handlungsfähigkeit der Kommunen abhängig – es ist Zeit, dass dieser Kreislauf nun endgültig durch eine zuverlässige Lösung durchbrochen wird.

### Belange der Kommunen

Auch muss in Zukunft generell an eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen gedacht werden. Denn die Belastung der kommunalen Haushalte durch stetig steigende Ausgaben, beispielsweise im Sozial- oder Bildungsbereich, muss im Sinne des Konnexitätsprinzips abgedeckt werden. Alleine im Bereich der Schaffung neuer Kita-Plätze sind für die Gemeinden massive Kosten und finanzielle Mehrbelastungen entstanden. Hier wird sich die SGK auch im neuen Jahr auch auf Bundesebene für die Belange der Kommunen einsetzen.

Anfang November hat der geschäftsführende SGK-Landesvorstand in seiner Klausurtagung die Themenschwerpunkte für die anstehende Bundesdelegiertenversammlung der SGK am 21./22. Januar 2022 in Leipzig vorbereitet, dabei sollen sich

### Inhalt

Alexander Schweitzer:  
Digitalisierung weiter  
auf dem Vormarsch

Wiederaufbau im  
Ahrtal bleibt eine  
große Herausforderung

Metzdorf ist Landrat:  
die Wahl-Sensation  
von Trier-Saarburg

Bobenheim-Roxheim  
bleibt in SPD-Hand

Baldy springt direkt  
in den Bundestag

die Anträge aus RLP um nachhaltige Reformen im Katastrophenschutz, kommunale Finanzen, Altschulden sowie um die Initiative nach einer monetären Anerkennung im Alter für langjährig aktive, freiwillige Feuerwehrleute drehen.

In Hinblick auf die Weihnachtsfeiertage wünsche ich allen Mitgliedern und Freunden sowie ihren Familien ein frohes Fest und ein erfolgreiches Jahr 2022!

Mit freundlichen Grüßen

Euer

Nico Steinbach  
SGK-Landesgeschäftsführer

# Digitalisierung in atemberaubendem Tempo

Veränderung ist die neue Beständigkeit: Wie wir Rheinland-Pfalz zum Gewinner der Transformation machen

Gastbeitrag von Alexander Schweitzer, rheinland-pfälzischer Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung

Unsere Lebenswelt ist ständig im Wandel. Wer Kinder hat, die Schlagzeilen verfolgt oder schon einmal vor einem persönlichen oder beruflichen Neuanfang stand, wird dem sicherlich leicht zustimmen können. Und dennoch haben gerade jetzt viele das Gefühl: In diesem Veränderungsjahrzehnt, in dem wir uns befinden, dreht sich die Welt jeden Tag noch ein bisschen schneller. Die fortschreitende Digitalisierung durchdringt unsere Lebens- und Arbeitswelt in atemberaubendem Tempo. Der Kampf gegen den Klimawandel und das Ziel einer CO<sub>2</sub>-neutralen Wirtschaftsweise haben tiefgreifende Auswirkungen auf Wertschöpfungsketten, Produktionsprozesse und Arbeitsbeziehungen. Die Corona-Pandemie hält uns noch immer in Atem und hat in unserem Alltag einen enormen Digitalisierungsschub ausgelöst. Im Zeitalter der Transformation erscheint nur eines sicher: Die Veränderung ist die neue Beständigkeit.

Das neue rheinland-pfälzische Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD) ist das Gestaltungsministerium für das Veränderungsjahrzehnt. Bei der Regierungsbildung haben die Ampel-Koalitionäre das neue Ministerium mit dem Auftrag versehen, die sich aus der fortschreitenden Digitalisierung ergebenden politischen Gestaltungsaufgaben unter einem Dach zu versammeln – den Strukturwandel unserer Arbeitswelt, den Auf- und Ausbau leistungsfähiger Gigabitnetze und die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung.

Viele Beschäftigte erleben in ihrem Arbeitsalltag bereits heute die vielfältigen Veränderungen unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt. Flexibles Arbeiten, Homeoffice und die digitale Kommunikation mit Kolleginnen und Kollegen sowie Kundinnen und Kunden sind vielen Bürgerinnen und Bürgern in der Corona-Zeit zur Gewohn-



Alexander Schweitzer, Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitales

Foto: MASTD/Pilkowski

heit geworden. Die Digitalisierung hat das Potenzial, Arbeit einfacher, flexibler und sicherer zu machen. Gleichzeitig erfordern der digitale Wandel und die Umstellung auf neue Arbeits- und Produktionsabläufe neue Qualifikationen, Kompetenzen und Fähigkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nicht wenige sind verunsichert, ob sie in der neuen Arbeitswelt noch mithalten können. Entsprechend wächst der Bedarf an betrieblichen und außerbetrieblichen Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten.

## Arbeitsmarkt von morgen

Wir wollen, dass Beschäftigte und Unternehmen in Rheinland-Pfalz zu Gewinnern der Transformation werden. Durch einen Fokus auf Qualifizierung und Weiterbildung möchten wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige und Unternehmen dazu befähigen, sich in einer sich wandelnden Wirtschafts- und Arbeitswelt gut aufzustellen. Wer sich heute Sorgen um seinen Arbeitsplatz macht, soll wissen: Gut ausgebildete Fachkräfte bleiben für Unternehmen auch in Zukunft der Schlüssel für Innovation und Wertschöpfung. Wir wollen aber auch diejenigen Menschen, die noch auf der

Suche nach einer Beschäftigung sind, bestmöglich dabei unterstützen, sich gut für den Arbeitsmarkt von morgen aufzustellen.

Die rheinland-pfälzische Transformationsagentur, die Anfang 2022 startet, wird eine Anlaufstelle für Beschäftigte und Unternehmen zu allen Fragen rund um die Herausforderungen und Chancen der Transformation werden. Informationen über Weiterbildungsmöglichkeiten und staatliche Förderprogramme erhalten betroffene Arbeitnehmer und Unternehmen dort künftig aus einer Hand. Aufgabe der Transformationsagentur wird es überdies sein, die komplexen und abstrakten Veränderungsprozesse durch passende Dialogformate für Beschäftigte, Betriebe sowie Bürgerinnen und Bürger transparent, greifbar und nutzbar zu machen.

Bei der Schaffung eines digitalen Ökosystems kommt auch der öffentlichen Verwaltung eine zentrale Rolle zu. Mit dem durch die Corona-Pandemie ausgelösten Digitalisierungsschub sind auch die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an staatliches Verwaltungshandeln gewachsen. Bürgerinnen und Bürger erwarten heute zu Recht, dass auch

die öffentliche Verwaltung selbstverständlicher Bestandteil ihrer digitalen Lebenswelt ist – genauso wie der Einkauf im Onlineshop, die Abwicklung von digitalen Bankgeschäften oder der volldigitalisierte Büroarbeitsplatz.

## Verwaltung neu denken

Die gesamtgesellschaftliche Digitalisierungsdynamik werden wir nutzen, um unser Land auf allen staatlichen Ebenen umfassend zu modernisieren. Auch unsere historisch gewachsene Verwaltungstradition erhält deshalb ein digitales Systemupdate. Dabei geht es nicht darum, Verwaltungsabläufe nach dem 1:1-Prinzip ins Digitale zu übersetzen, sondern Verwaltungsprozesse im Lichte der Digitalisierung völlig neu zu denken und konsequent an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten. Keine Frage: Unsere öffentliche Verwaltung ist im Begriff, sich neu zu erfinden. Ziel ist ein effizienter, transparenter und bürgerfreundlicher Staat, der technologische Innovation mit menschlicher Dienstleistung verbindet. Als Teil des digitalen Ökosystems unserer Gesellschaft kann der digitale Staat so zum Motor für wirtschaftliche Innovationen und gesellschaftlichen Fortschritt werden.

Personalausweis verlängern, den Wohnsitz ummelden oder eine Baugenehmigung beantragen – all das sollen Bürgerinnen und Bürger in Zukunft vollständig digital, mobil und ohne Medienbrüche abwickeln können – von der Antragsstellung bis zum Bescheid. Den Fahrplan für die Verwaltungsmodernisierung beschreibt das Online-Zugangsgesetz (OZG), mit dem der Bund die Bereitstellung digitaler Bürgerservices auf allen staatlichen Ebenen verbindlich festschreibt. Eine echte Mammutaufgabe, die Bund, Länder und Kommunen nur gemeinsam stemmen können.

Bei der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes setzen die Länder

daher auf Arbeitsteilung: Nach dem Einer-für-Alle-Prinzip entwickeln die Bundesländer jeweils digitale Verwaltungslösungen in einzelnen Themenfeldern und stellen diese schließlich in einem gemeinsamen Pool zur Verfügung. So werden etwa die digitalen Verwaltungsleistungen der Länder im Bereich Umwelt federführend in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Schleswig-Holstein entwickelt. Die Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler wiederum werden künftig digitale Mobilitätsservices oder Gesundheitsleistungen nutzen können, die in Hessen, Baden-Württemberg und Niedersachsen erdacht und umgesetzt wurden.

Eine der dringendsten Aufgaben der neuen Bundesregierung wird es jetzt sein, dem OZG-Prozess neuen Antrieb zu verleihen. Es gilt, auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen und gemeinsam mit den Ländern eine realistische Planung, Steuerung und Finanzierung des weiteren OZG-

Prozesses vorzunehmen. Bei der weiteren Umsetzung muss es insbesondere darum gehen, die digitalen Verwaltungsdienstleistungen konsequent aus der Nutzerperspektive weiterzuentwickeln und diejenigen Services, Leistungen und Verfahren zu priorisieren, die im Alltag der Bürgerinnen und Bürger und für das Funktionieren unserer Wirtschaft die größte Bedeutung haben. Neben der Bereitstellung digitaler Bürgerservices muss auch die Digitalisierung der internen Verwaltungsprozesse stärker als bisher in den Fokus rücken. Klar ist: Die Verwaltungsdigitalisierung ist ein Marathonlauf ohne Ziellinie. Denn die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung bleibt eine Daueraufgabe von Bund, Ländern und Kommunen – auch über den OZG-Prozess hinaus.

**Digitale Infrastruktur**

Das gilt auch für den Ausbau der digitalen Infrastrukturen, der in unserem Bundesland immer weiter

voranschreitet. Bereits rund 60 Prozent der Haushalte in Rheinland-Pfalz können auf Bandbreiten in Gigabitgeschwindigkeit zugreifen, rund 95 Prozent der Haushalte surfen bereits mit mindestens 50 Mbit/s. Um den flächendeckenden Breitbandausbau in unterversorgten Gebieten voranzutreiben, sind in 24 Landkreisen und einer kreisfreien Stadt Breitbandinfrastrukturprojekte in der Umsetzung.

Wie wichtig eine leistungsfähige und krisenfeste digitale Infrastruktur für unser Zusammenleben ist, hat uns zuletzt die Flutkatastrophe im Ahrtal schmerzlich vor Augen geführt. Denn die Wassermassen haben nicht nur Straßen und Brücken, sondern mit ihnen auch das gesamte Strom- und Telekommunikationsnetz weggerissen. Dank des großen Engagements der Mobilfunknetzbetreiber in den ersten Tagen nach der Flut konnten die Mobilfunknetze innerhalb kürzester Zeit wieder hochgefahren und die Kommunikation im Ahrtal sicher-

gestellt werden. Damit sich im Ahrtal neue Unternehmen ansiedeln und neue Arbeitsplätze entstehen, muss es jetzt darum gehen, das Ahrtal zu einer Modellregion für hochleistungsfähige Glasfasernetze und krisenfesten Mobilfunk auszubauen. Dafür werden wir uns als Digitalisierungsministerium einsetzen.

**IMPRESSUM**

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,  
Romano-Guardini-Platz 1, 55116 Mainz  
E-Mail gabriele.vogelsgesang@sgkrip.de

**Redaktion:** Wolfgang Kröhler  
Telefon: (06737) 260  
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

**Verlag:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel, Volker Weber

**Layout:** Heidemarie Lehmann

**Litho:** DDV Technik GmbH

**Druck:** DDV Druck GmbH,  
Meinholdstraße 2, 01129 Dresden  
E-Mail: dvd@ddv-mediengruppe.de

Anzeige

# DIE AGENTUR AN EURER SEITE

Wir arbeiten für die ganze SPD: vom Ortsverein bis zum Parteivorstand – zuletzt auch für Olaf Scholz und Manuela Schwesig.  
Wir freuen uns auf neue Projekte mit Euch!



**KAMPAGNEN**

- Strategieentwicklung
- Kampagnenplanung
- Kreation
- Digitaler Wahlkampf
- Plakate



**GRAFIK**

- Layouts
- Infografiken
- Gestaltung von Flyern & Broschüren
- Logoentwicklung



**TEXTE**

- Pressemitteilungen
- Broschüren & Flyer
- Magazingestaltung



**EVENTS**

- Digital, hybrid & vor Ort
- Parteitags & Kongresse
- Konzeption



**VIDEO**

- Imagefilme & Interviews
- Animationen & Tutorials



**PODCASTS**

- Konzeption
- Beratung
- Postproduktion



**SPONSORING**

- Anzeigenvermarktung
- Parteitags-Sponsoring
- Event-Sponsoring



**ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH**  
www.ask-berlin.de

**Eure Ansprechpartner**

Thomas Mühlnickel | Geschäftsführer | muelhnickel@ask-berlin.de  
Dennis Eighteen | Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa. | eighteen@ask-berlin.de

# Eine große Herausforderung unserer Zeit

Der Wiederaufbau in den von der Flutkatastrophe betroffenen Regionen wird Jahre in Anspruch nehmen. Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau wurden in kürzester Zeit geschaffen

**Autorin** Nicole Steingaß, Staatssekretärin Innenministerium Rheinland-Pfalz

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli hat sich das Leben der Menschen in der Eifel und im Ahrtal dramatisch verändert. Die gewaltigen Sturzfluten haben sowohl die komplette Infrastruktur einer modernen Gesellschaft als auch gewachsene Traditionen von Jahrhunderten zerstört. Mehr als 130 Menschen sind gestorben, mehr als 760 Menschen wurden verletzt. Die materiellen Schäden in den Fluss- und Seitentälern von Sauer, Prüm, Nims, Kyll, Lieser und Ahr werden auf rund 20 Milliarden Euro geschätzt, von denen nur rund 5 Milliarden versichert waren. Rund 65.000 Menschen in unserem Land Rheinland-Pfalz sind betroffen, tausende sind noch immer traumatisiert von den nicht mit Worten zu greifenden Erlebnissen, die sie in der Flutnacht und bei der Bewältigung dieser Katastrophe bisher erleben und erleiden mussten. Die Landesregierung versichert, dass sie alle Betroffenen beim Wiederaufbau eng begleiten wird.

## Soforthilfen bereitgestellt

Land und Bund haben umgehend nach der Katastrophe Gelder bereitgestellt, um den Betroffenen direkt und unbürokratisch zu helfen, die infolge der furchtbaren Flutnacht in eine akute, außergewöhnliche und existentielle Notlage geraten waren und einen materiellen Schaden von mehr als 5.000 Euro zu beklagen hatten, nachdem kurzfristig zur Verfügung stehende Versicherungsleistungen abgezogen waren. Zweck der Soforthilfe war ausschließlich, diese Notlage kurzfristig lindern zu helfen, sei es durch die Beschaffung von Lebensmitteln, Bekleidung oder andere, dringend benötigte Dinge des täglichen Bedarfs. Wenngleich im Ergebnis nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel der Soforthilfe abgerufen wurden, konnten in Rheinland-Pfalz mehr als 133 Millionen Euro Soforthilfe an Kommunen, Unternehmen und private Haushalte gewährt werden. Davon wurden al-

lein 85 Millionen an die betroffenen sieben Landkreise und die Stadt Trier ausgezahlt, 35 Millionen Euro wurden für Privathaushalte bereitgestellt.

Retten, bergen und aufräumen bestimmten die ersten Wochen bis in den September hinein. Vier Monate nach der Katastrophe ist Vieles aufgeräumt und die Schäden werden dabei immer deutlicher. Alleine im Landkreis Ahrweiler wurden bislang über 300.000 Tonnen Sperrmüll entsorgt. Dies entspricht einer Müllmenge wie sonst in 40 Jahren. Straßen wurden – mindestens provisorisch – wieder hergestellt und inzwischen 17 Behelfsbrücken durch das THW freigegeben, die zum Teil für mehrere Jahre genutzt werden können.

Die Telefon-, Strom- und Gasversorgungen sind in weiten Teilen wieder sichergestellt. Bereits nach wenigen Tagen konnten wenigstens die Mobilfunknetze wieder in Betrieb gehen, auch wenn die Festnetze noch weitere Wochen unterbrochen blieben. Der Wiederaufbau der Breitbandverbindungen wird ausschließlich mit Glasfaserleitungen erfolgen.

Rund 3.500 Hausanschlüsse im städtischen Gasnetz in Bad Neuenahr-Ahrweiler waren außer Betrieb,

und wesentliche Gasleitungen waren nicht mehr zu retten: Mit Unterstützung der Hochschule Trier, des ADD-Verwaltungsstabes und vieler Versorgungsunternehmen aus ganz Deutschland werden die Häuser in Bad Neuenahr-Ahrweiler bis Ende November wieder versorgt sein.

In den kleineren Ortsgemeinden im Ahrtal – alle ohne Gasnetz – laufen die Vorbereitungen für die Sicherstellung der Winterversorgung auf Hochtouren. Beratung, Aufklärung und viele Hilfestellungen der Energieagentur Rheinland-Pfalz, der Handwerksunternehmen, von Schornsteinfegern und der Verbraucherberatung kümmern sich darum, damit im Ahrtal nach dem Winter die dauerhafte Energieversorgung hochwasserfest und klimaneutral werden kann und damit resiliente Strukturen geschaffen werden, die auch in anderen Regionen als Vorbild dienen können.

Bei der Elbe-Flut oder bei der Flüchtlingsankunft 21015/2016 zeigten tausende Helferinnen und Helfer die enorme Kraft des bürgerschaftlichen Engagements und des umfangreichen Helfernetzes. Im Sommer 2021 war „ganz Deutschland“ an der Ahr und in der Eifel: Die Hilfs- und Ret-

tungsorganisationen, das THW und die Feuerwehren waren mit zehntausenden Helferinnen und Helfern rund um die Uhr im Einsatz. Die Bundeswehr unterstützte mit Soldatinnen und Soldaten und an manchen Orten mit schwerem Räumgerät.

Ergänzt wurden diese professionellen Strukturen von zehntausenden Spontanhelferinnen und -helfern. Die „Sozialen Medien“ ermöglichen heute spontane und in kurzer Zeit mobilisierbare Hilfen, die mit „helfenden Händen“ Aufgaben auch für private Haushalte übernahmen. Wir werden künftig dafür Sorge tragen, diese „ungebundenen Helferinnen und Helfer“ in unseren Bevölkerungs- und Katastrophenschutzplanungen zu berücksichtigen und beteiligen zu können.

Nach vier Monaten lässt sich folgendes Fazit ziehen: Vor allem die Betroffenen haben Unglaubliches geleistet. Auch dank vieler helfender Hände kamen die provisorischen Arbeiten und die Aufräumarbeiten gut voran.

## Aufbaufonds und Spenden

Als Beauftragte der Landesregierung Rheinland-Pfalz für den Wiederaufbau befinde ich mich seit dieser verheerenden Flutkatastrophe regelmäßig in den von der Flut betroffenen Gebieten. Dabei habe ich mit vielen Betroffenen sehr persönliche Begegnungen erlebt. Als Landesregierung setzen wir uns gemeinsam mit dem Bund mit aller Kraft dafür ein, dass zumindest die materiellen Verluste der betroffenen Menschen verringert werden können, wohlwissend, dass in vielen Fällen der seelische und immaterielle Schaden ungleich höher ist.

Nach der Phase der Flut, des Aufräumens und der Notmaßnahmen hat nun eine neue Phase begonnen: Der Wiederaufbau. Die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür wur-



Staatssekretärin Nicole Steingaß ist im Innenministerium die Beauftragte für den Wiederaufbau im Katastrophengebiet an der Ahr.

Foto: Privat

den im Eiltempo geschaffen: Ende September 2021 hat der Landtag Rheinland-Pfalz das Landes-Wiederaufbauerleichterungsgesetz verabschiedet. Mit Hilfe von Rechtsänderungen können beispielsweise Planungsverfahren in bestimmten Fällen ganz entfallen oder beschleunigt werden, um damit den Wiederaufbau zu erleichtern und nachhaltig zu gestalten.

Bund und Länder haben gemeinsam den Aufbauhilfefonds beschlossen und damit ein solidarisches Aufbaupaket in einer noch nie dagewesenen finanziellen Dimension geschnürt: 30 Milliarden Euro stehen für den Wiederaufbau zur Verfügung. Der Aufbauhilfefonds regelt die Finanzierung der Hilfen für Privathaushalte, Unternehmen und andere Einrichtungen sowie die Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur in den geschädigten Regionen. Aus diesem Fonds wird Rheinland-Pfalz rund 15 Milliarden Euro erhalten.

In kürzester Zeit konnten die bundes- und landesrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die zeitnahe Beantragung der Aufbauhilfen zu ermöglichen. Mit anderen Worten: Die finanziellen Mittel stehen bereit. Seit dem 27. September 2021 können die Anträge für alle Bereiche gestellt werden. Die ersten Gelder – vor allem zur Finanzierung von Hausratschäden – sind bei den Betroffenen bereits angekommen.

Als Landesregierung arbeiten wir mit aller Kraft am Wiederaufbau, um den Menschen vor Ort wieder eine lebenswerte Perspektive zu geben. Dazu bietet das Land Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz und der Architektenkammer Rheinland-Pfalz in der inzwischen bewährten Struktur der Infopoints im Ahrtal persönliche Beratungsmöglichkeiten an, um die Betroffenen bei allen Fragestellungen rund um den Wiederaufbau bestmöglich zu beraten; sei es bei ihrer individuellen Antragstellung oder bei ganz spezifischen technischen Fragen. Begleitende Angebote wie die umfassenden Informationsangebote auf der Website [www.wiederaufbau.rlp.de](http://www.wiederaufbau.rlp.de) und die kostenfreie

Telefon-Hotline des Landes (Telefonnummer 0800 – 222 0 22 0) komplettieren das Angebot seitens des Landes. Ziel ist es, möglichst zielgerichtet, pragmatisch und transparent Hilfestellung bei der Beantragung von Fördermitteln für den Wiederaufbau zu geben.

Die Wiederaufbauhilfe für private Haushalte soll bei Schäden an Wohngebäuden, die durch das Hochwasser verursacht worden sind, die Eigentümer finanziell dabei unterstützen, diese zu beseitigen und zerstörte oder beschädigte Bauteile zu erneuern. Auch Maßnahmen zur Neuerrichtung oder zum Erwerb von gleichartigen Wohngebäuden als Ersatz von zerstörten Wohngebäuden können unter bestimmten Voraussetzungen gefördert werden. Ersetzt werden im Regelfall bis zu 80 Prozent des festgestellten Schadens. Gefördert werden auch temporäre Maßnahmen, wie beispielsweise mobile Heizgeräte, oder die erforderlichen Gutachten, die Voraussetzung für die Antragstellung beim Wiederaufbau von Wohngebäuden sind.

#### Zeichen der Solidarität

Ebenso kann die Wiederaufbauhilfe der Reparatur oder Wiederbeschaffung von Hausrat dienen. Für den Ersatz des beschädigten Hausrats gelten grundsätzlich, sowohl für Einzelpersonen- als auch für Mehr-Personen-Haushalte, gestaffelte Pauschalen, für die weder eine Bestätigung der Gemeinde noch ein Gutachten über die Schadenshöhe erforderlich ist. So können große Teile des Hausstandes ersetzt werden.

Ergänzt werden diese öffentlichen Gelder mit Spenden von bisher mehr als 250 Millionen Euro. Die schon längst nicht mehr zu beziffernde Zahl der Spenderinnen und Spender und die Wege der Spenden sind ein zutiefst beeindruckendes Zeichen dafür, dass Solidarität und Hilfsbereitschaft nach wie vor zu den Grundpfeilern unserer demokratischen Gesellschaft gehören: Unternehmen spenden an Unternehmen in der Katastrophenregion, Wohlfahrtsorganisationen verteilen Spenden und nutzen Spendengelder, um Beratung und Betreuung zu organisieren. Vereine, Privatpersonen, Schulklassen sammeln und überweisen Gelder.

Die materiellen Hilfen, Beratungen und Spenden werden helfen, um wieder Heimat zu ermöglichen. Diese Heimat muss sicher werden: nachhaltig und resilient gegen den Klimawandel und daraus erwachsende Naturkatastrophen, sei es im Hochwasserschutz, der Gewässerpflege, bei der Siedlungsplanung oder beim hochwasserangepassten Bauen.

Der Wiederaufbau muss sich den heutigen Gegebenheiten stellen. Das bedeutet bei aller Notwendigkeit eines zügigen Wiederaufbaus, dass wir uns zugleich in dem Spannungsfeld bewegen, für Veränderungsnotwendigkeiten zu werben und die Menschen hiervon zu überzeugen. Die Landesregierung wird die Kommunen auf diesem Weg begleiten. Alles mit dem Ziel, dass diejenigen, die dies möchten, wo es möglich und sicher ist, wieder in ihrer Heimat leben können und ihre Lebensqualität zurückerlangen.

Die Landesregierung steht den betroffenen Kommunen und den Menschen zur Seite, damit der Wiederaufbau dauerhaft und sicher Heimat geben kann.

#### Die Webseite

[www.wiederaufbau.rlp.de](http://www.wiederaufbau.rlp.de) bietet Informationen, Antragsformulare und die Anmeldung zum Newsletter der rheinland-pfälzischen Wiederaufbaubeauftragten. Die Autorin Nicole Steingaß ist seit 2019 Innenstaatssekretärin und moderiert als Landesbeauftragte die Aktivitäten der Landesregierung zum Wiederaufbau. Damit ist sie zentrale Ansprechpartnerin für die betroffenen Kommunen in den Unwetterregionen.

Anzeige

**bnr.de**  
blick nach rechts

**„Die Bekämpfung von Rechts-  
extremismus ist nach wie vor  
ein aktuelles und zentrales  
Thema. Wer den ‚blick nach  
rechts‘ regelmäßig liest,  
erkennt die aktuellen Gefahren  
von Rechtsaußen und kann  
sachkundig argumentieren.“**

*Ute Vogt, MdB*

Weitere Informationen im Netz:  
[www.bnr.de](http://www.bnr.de)

# Die Sensation von Trier-Saarburg

Erstmals in der Geschichte des Landkreises wurde ein Sozialdemokrat zum Landrat gewählt. Stefan Metzdorf siegte gegen Amtsinhaber Günter Schartz (CDU) mit fast Zweidrittelmehrheit

Autor Wolfgang Kröhler

Unter den zahlreichen Wahlerfolgen für die SPD in der jüngeren Vergangenheit sticht einer besonders hervor: Im Landkreis Trier-Saarburg wählten die Bürgerinnen und Bürger mit Stefan Metzdorf erstmals einen Sozialdemokraten ins Landratsamt. Seit Bestehen des Landkreises stellten immer Christdemokraten den Kreischef, zuletzt 16 Jahre lang Günter Schartz. In der Stichwahl im Oktober hatte er jedoch gegen Stefan Metzdorf keine Chance, dem fast Zweidrittel der Wählerschaft das Vertrauen aussprachen. Für die SPD-Landesspitze war dieses Ergebnis schlichtweg „eine Sensation“. Stefan Metzdorf wird ab dem 1. Januar 2022 das Landratsamt von seinem Vorgänger übernehmen.

## Weg nicht vorgezeichnet

Dabei war der Weg in dieses Spitzenamt nicht unbedingt vorgezeichnet. „Denn ich bin eher zufällig in die Kommunalpolitik gelangt“, sagt Stefan Metzdorf im DEMO-Gespräch. Für die SPD ist er seit 2004 aktiv und wurde zwei Jahre später in den Ortsgemeinderat von Gusterath gewählt. 2009 zog er in den Verbandsgemeinderat Ruwer ein, übernahm ein Jahr später bis 2019 den Fraktionsvorsitz der SPD. Eine Legislaturperiode lang war er auch 1. Beigeordneter in seiner Heimatgemeinde Gusterath, bevor er dann 2019 hier zum Ortsbürgermeister gewählt wurde. Als 1. Beigeordneter der Verbandsgemeinde Ruwer sammelte er weiter Verwaltungserfahrung, auch im Kreistag Trier-Saarburg. „In all diesen Funktionen habe ich immer den Dialog mit den Menschen gesucht, und mein Motto dabei war stets: Zuhören. Anpacken. Umsetzen“, so umreißt Stefan Metzdorf sein kommunalpolitisches Wirken

Neben all diesen ehrenamtlichen politischen Tätigkeiten musste der Sozialdemokrat in seinem beruflichen Werdegang auch Rückschläge verkraften. Denn nach einer dualen Ausbildung

als Koch und nach der erfolgreich bestandenen Prüfung musste er sich nach einem Arbeitswegunfall mit einem Motorrad völlig neu orientieren. Er absolvierte an der Universität Trier eine Ausbildung als Datenverarbeitungskaufmann und arbeitet seit mehr als 30 Jahren als IT-Spezialist an der Universitätsbibliothek Trier für Server-Enterprise-Systeme. Darüber hinaus war er im Nebenerwerb 23 Jahre mit einer Grafikdesign Agentur unterwegs.

Aber jetzt kommt ein neuer Lebensabschnitt, ab dem nächsten Jahr ist Stefan Metzdorf Landrat in Trier-Saarburg, einem Landkreis mit etwa 150.000 Einwohnern und den sechs Verbandsgemeinden Hermeskeil, Konz, Saarburg-Kell, Schweich, Ruwer und Trier-Land. Nach seiner Wahl in das höchste Kreisamt führten wir mit Stefan Metzdorf nachfolgendes Interview:

**Vor Ihrer Wahl war Günter Schartz von der CDU 16 Jahre lang Landrat, sozusagen der Platzhirsch in der Region. SPD-Generalsekretär Ruhland sprach nach Ihrem Wahlsieg von einer Sensation. Wie bewerten Sie selbst Ihren Erfolg, immerhin erhielten Sie fast Zweidrittel der abgegebenen Wählerstimmen?**

Zu Beginn meiner Kandidatur haben wahrscheinlich nicht viele Menschen an einen Wahlsieg eines SPD-Kandidaten in einer seit Jahrzehnten von der CDU geführten Region geglaubt. Die Unterstützung und Geschlossenheit innerhalb der Partei sowie der bundespolitische Trend zu sozialen Themen haben mir, so denke ich, Rückenwind gegeben – und auch, dass ich mit Verena Hubertz (Anm. d. Redaktion: wurde in den neuen Bundestag gewählt) gemeinsam als Team für die SPD viele Wochen in unserem Landkreis unterwegs war. Im Laufe des Wahlkampfes konnte ich dann

die Unzufriedenheit der Menschen und eine Wechselstimmung immer deutlicher spüren. So wurden wichtige gesellschaftliche Themen wie der Klimaschutz im Landkreis lange vernachlässigt oder spielten bei geplanten Großprojekten im Stil der 1970er Jahre mit Beton durch Waldgebiete erst gar keine Rolle.

Dazu kamen dann noch die Diskussionen um die Nebenverdienste des CDU-Amtsinhabers, die weit über die Region hinaus ein Echo gefunden haben. In den Gesprächen im Wahlkampf wurde immer wieder deutlich, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mehr Transparenz und mehr Dialog, kurzum einen anderen Führungsstil wünschen. Das alles mündete dann in ein Wahlergebnis, das in seiner Deutlichkeit wirklich sensationell ist und mich für die kommenden Aufgaben motiviert.

**Auf welche Schwerpunkte setzten Sie im Wahlkampf, welchen Einfluss hatte die Diskussion um die überaus hohen Nebenverdienste des CDU-Kandidaten Schartz auf das Ergebnis?**

Meine Schwerpunkte im Wahlkampf waren der Klimaschutz, Familienfreundlichkeit, sozialer Wohnraum, digitale Infrastruktur und die Gesundheitsversorgung. Ich denke, dass die Debatte um die Nebeneinkünfte ein wichtiges Thema in einer Reihe von Themen war, die in der Summe die Wechselstimmung im Landkreis befeuert haben. Sonst wäre mein Wahlsieg in dieser Deutlichkeit nicht möglich gewesen.

**Wenn Sie am 1. Januar 2022 Ihr Landratsamt antreten, dann werden Sie in der Folge auch den einen oder anderen Aufsichtsratsposten übernehmen. Wie gehen Sie damit um, vor allem was die daraus resultierenden „Entlohnungen“ angeht?**



Stefan Metzdorf ist der erste Sozialdemokrat, der im Landkreis Trier-Saarburg das Landratsamt übernimmt. Foto:Privat

Wenn man dieses Amt ordentlich ausfüllt, habe ich eine ganze Menge zu tun. Insofern möchte ich auch die Nebentätigkeiten auf die beschränken, die mit dem Amt direkt in Verbindung stehen, also wo man automatisch durch das Amt Mitglied ist. Und weiter nichts.

**Die SPD schwimmt ja zurzeit auf einer Welle des Erfolgs. In Ihrer Region gewannen die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl das Direktmandat, Sie selbst beendeten mit Ihrer Wahl zum Landrat eine lange Durststrecke. Was glauben Sie: Hat die Sozialdemokratie zu ihren Wurzeln zurückgefunden? Wie kann man die jüngsten Erfolge nachhaltig sichern?**

Die SPD hat aus Ihren Wahlniederlagen Konsequenzen gezogen, die Basis der Partei wurde bei wichtigen Themen und Personalentscheidungen eingebunden, die Partei ist jünger und weiblicher geworden. Es wurden konsequent soziale Themen wie etwa der Mindestlohn in den Vordergrund gestellt. Den Menschen sind soziale Themen und gesellschaftlicher Zusammenhalt wichtig, das zeigen alle Umfragen und nun auch die Wahlergebnisse. Das gilt ebenso bei Herausforderungen wie dem Klimaschutz. Hier steht die SPD glaubhaft für den Wandel, allerdings einen Wandel, der so sozialverträglich wie möglich gestaltet wird.

Der Weg zur Erneuerung der Sozialdemokratie war nicht leicht, insbesondere für eine Partei mit Regierungsverantwortung im Bund. Letztendlich hat uns dieser Prozess als Partei näher zusammengebracht. Die dabei gewonnene Geschlossenheit gilt es nun für die Herausforderungen der Zukunft zu nutzen und zu bewahren.

# Michael Müller bleibt im Bürgermeisteramt

Sozialdemokrat holt in Bobenheim-Roxheim klaren Wahlsieg. Auf der Prioritätenliste: Wohnraum und die Umgehungsstraße

Autor Wolfgang Kröhler

Michael Müller bleibt Hauptamtlicher Bürgermeister der verbandsfreien Gemeinde Bobenheim-Roxheim. Mit fast 57 Prozent der abgegebenen Stimmen siegte er in der Stichwahl im Oktober mit einem deutlichen Vorsprung und geht nunmehr in der 10.500 Einwohner zählenden Kommune in eine zweite Amtszeit. Bobenheim-Roxheim ist eine aufstrebende Gemeinde, gelegen im Ballungszentrum Rhein-Neckar in unmittelbarer Nähe zu den Städten Mannheim, Ludwigshafen und Worms. Bei der Wahlentscheidung setzten Müller und die SPD auf das Fundament einer erfolgreichen Arbeit der vergangenen Jahre. Zusätzlichen Rückenwind gab es natürlich auch durch den Aufwärtstrend der Partei in den zurückliegenden Monaten. Nach seinem Wahlerfolg führte DEMO mit dem neuen und alten Bürgermeister nachfolgendes Interview:

**Was waren die Schwerpunkte im Wahlkampf, wie war die Unterstützung durch die Partei?**

Parallel zur Bundestags- und Bür-

germeisterwahl am 26. September 2021 fand auch ein Bürgerentscheid über ein 14-Hektar-Neubaugebiet statt. Fehlender Wohnraum in der Gemeinde, genau genommen in der gesamten Rheinschiene, war daher das Thema Nummer eins. Leider obsiegten die Skeptiker knapp, was mich als Stadt- und Gemeindeentwickler enttäuschte. Auch mein Ortsverein hatte sich mit Herzblut für das Neubaugebiet stark gemacht. Umso erfolgreicher war am Ende aber unser gemeinsamer Kampf für eine Fortsetzung meiner Arbeit als Bürgermeister, die in der Stichwahl am 10. Oktober mit 56,8 Prozent klar bestätigt wurde. Ich konnte nicht nur zu 100 Prozent auf das Engagement meiner Parteifreunde vor Ort vertrauen. Am Ende unterstützten mich in einem grandiosen Wahlkampffinale neben meinem Ortsverein nahezu alle ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bürgermeister und Beigeordnete der Umlandkommunen sowie der (frisch direkt gewählte) Bundestagsabgeordneter Christian Schreider und Landtagsabgeordneter Mar-

tin Haller beim Haustürwahlkampf. Und selbst der SPD-Pfalz-Bezirksvorsitzende und Staatsminister Alexander Schweitzer klingelte an einem Nachmittag an den Haustüren unserer Altrheingemeinde. Herzlichen Dank an dieser Stelle nochmals dem tollen SPD-Team im Ort und in der Region!

**Welche Ziele haben Sie sich für die nächste Amtszeit gesetzt, wie wollen Sie Bobenheim-Roxheim weiterentwickeln?**

Nach der Ablehnung des großen Neubaugebiets heißt es nun Alternativen zu entwickeln, um der Wohnungsnot zu begegnen. Auch der immer weiter zunehmende Fluglärm durch den Flugplatz Worms – die Platzrunde führt über das Gemeindezentrum – hat sich zu einem regelrechten Ärgernis entwickelt. Und bleiben wir beim Lärm: Seit Jahrzehnten kämpft die Gemeinde für eine Umgehungsstraße, um die 17.000 Verkehrsteilnehmer täglich auf der L 523 aus dem Ort zu bekommen. Auf der Prioritätenliste des Landes sind wir weit oben. Mein



Michael Müller bleibt Bürgermeister der verbandsfreien Gemeinde Bobenheim-Roxheim. Foto: Privat

## Zur Person:

Michael Müller ist 51 Jahre alt. Er trat 1988 in die SPD ein und legte 1990 sein Abitur ab. Nach dem Zivildienst absolvierte er von 1992 bis 1995 ein Studium an der FHÖV Mayen zum Dipl.-Verwaltungswirt (FH). Von 1995 bis 2013: Beamter des gehobenen Dienstes bei der Stadtverwaltung Worms im Bereich Stadtentwicklung. Von 2004 bis 2013: Abteilungsleiter Wirtschaftsförderung bei der Stadt Worms im Bereich Stadtentwicklung. Von 2009 bis 2013: Mitglied des Gemeinderats von Bobenheim-Roxheim. Seit Januar 2014: Hauptamtlicher Bürgermeister der Verbandsfreien Gemeinde Bobenheim-Roxheim und seit Juni 2014: Mitglied des Kreistags des Rhein-Pfalz-Kreises

*Unseren Mitgliedern und ihren Familien, Freunden und Gönnern wünschen wir ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest sowie ein erfolgreiches Jahr 2022, in dem wir uns alle hoffentlich gesund und in guter Stimmung wiedersehen.*

*Michael Ebling, SGK-Landesvorsitzender  
Nico Steinbach, SGK-Landesgeschäftsführer*

MERRY  
Christmas  
AND HAPPY NEW YEAR  
GREETING SEASON



Ziel ist es, die Planfeststellung und den Baubeginn in meiner nächsten Legislaturperiode zu erreichen. Bei all diesen Themen kann ich voll auf die tatkräftige Unterstützung und den Rat des Landtagsabgeordneten Martin Haller bauen.

### **Haben Sie besondere Wünsche an die Landespolitik und an den Bund?**

Mein ganz konkreter Wunsch, wie gerade gesagt: Planfeststellung und Baubeginn für die Umgehungsstraße durch das Land. Ganz allgemein

wünsche ich mir, dass das „Durchdelegieren“ immer weiterer Aufgaben durch Bund und Land auf uns Gemeinden bei gleichzeitig stetig engerem Finanzspielraum – wir konnten noch lange unsere Haushalte ausgleichen, nun sind wir

ohne Aussicht auf Besserung jedes Jahr im siebenstelligen Bereich defizitär – ein Ende hat.

## Von Münster-Sarmsheim in den Bundestag

Daniel Baldy gewann überraschend das Direktmandat im Wahlkreis 205 Mainz/Mainz-Bingen. Sein erster Tag im Parlament war „schon wahnsinnig aufregend“

Autor Wolfgang Kröhler

Am Tag vor der Bundestagswahl feierte Daniel Baldy seinen 27. Geburtstag, einen Tag später machten die Wählerinnen und Wähler aus dem Wahlkreis 205 (Mainz/Mainz-Bingen) ihm das wohl schönste Geschenk: Der junge Sozialdemokrat gewann überraschend das Direktmandat und beendete eine jahrelange Durststrecke seiner Partei in diesem Wahlkreis. In seiner Heimatregion der VG Rhein-Nahe hatte sich der junge Mann in den letzten Jahren schon einen Namen gemacht als Mitglied im Ortsgemeinderat Münster-Sarmsheim und im Verbandsgemeinderat. In beiden Gremien ist er auch Vorsitzender der SPD-Fraktion. Als er zum Direktkandidaten seiner Partei nominiert wurde, glaubten viele nicht unbedingt an seine Chance. Denn immerhin hatte er es mit der Mainzer CDU-Frau Ursula Groden-Kranisch zu tun, die zuvor mehrmals den Wahlkreis gewonnen hatte. Aber der erfolgreiche und engagierte Wahlkampf von Daniel Baldy zeigte Erfolg. Der Wahlkreis 205 umfasst einige Mainzer Stadtteile und den nördlichen Landkreis Mainz-Bingen. Nach der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages führten wir mit dem neuen Abgeordneten nachfolgendes Interview:

**Sie sind zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag eingezogen und gehören zu den jüngeren Abgeordneten in der neuen SPD-Fraktion. Wie wurden Sie aufgenommen, wie war der erste Tag im Parlament?**

Das Aufstehen bei Beginn der Sitzung, die Kameras im Foyer, viele Gesichter, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt: Das war schon wahnsinnig aufregend. Aber während der Geschäftsordnungs-Debatten dachte ich auch kurz: „So viel anders als im Gemeinderat Münster-Sarmsheim ist das jetzt auch nicht“.

Die neuen Kolleg:innen haben uns alle sehr warmherzig und offen aufgenommen: Man weiß immer, dass man bei ihnen ein offenes Ohr findet und bekommt auch immer gute Tipps zum Zurechtfinden in der neuen Umgebung. Der wichtigste Tipp: Immer auf ausreichend Verpflegung achten.

### **Mit welchen Erwartungen sind Sie ins Parlament eingezogen, wo liegen Ihre politischen Schwerpunkte?**

Die Erwartungen waren und sind natürlich sehr hoch. Ich bin wie viele andere junge Menschen angetreten, um dieses Land in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, Wohnbau, aber auch im Klimaschutz nach vorne zu bringen. Das wollen wir jetzt natürlich auch schnellstmöglich umsetzen.

Als Lehrer wird für mich ein Schwerpunkt die Bildungsgerechtigkeit sein. Aufstiegschancen sind in Deutschland immer noch viel zu ungerecht verteilt, das müssen wir als SPD angehen. Als Pendler liegt mir die Verkehrswende in Stadt und Land am Herzen. Steigende Sprit-

preise und fehlender ÖPNV-Ausbau in der Fläche machen Mobilität gerade zu einer Frage des Geldbeutels. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

### **Sie gehören in der starken SPD-Fraktion zu der „Juso-Generation“. Gibt es für Sie Themen, die keinen Kompromiss vertragen? Was halten Sie generell von Fraktionsdisziplin?**

Ich sehe die Juso-MdB's bei Fragen des Klimaschutzes sehr einig: Hier muss mehr geschehen, mit dem sozialen Ausgleich im Blick für die Regionen, die beispielsweise vom Kohleausstieg betroffen sein werden. Klimaschutz und sozialer Ausgleich dürfen kein Widerspruch sein, sondern wir müssen diese beiden Ziele zusammenführen. Politik funktioniert dabei nur mit Mehrheiten, und die erreichen wir in Koalitionen.

### **Sie repräsentieren in den nächsten vier Jahren als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Mainz-Bingen. Aus der Region gibt es bestimmt auch Wünsche an die „hohe Politik“, wie wollen Sie beispielsweise den kommunalen Belangen in Berlin Gehör verschaffen?**

Vor allem das Thema „Kommunale Finanzen“ ist natürlich allgegenwärtig. Der Bund muss kommunale Alt-schulden übernehmen, damit Kommunen auch wieder in Zukunftsprojekte investieren können, statt nur mit der Tilgung von Schulden beschäftigt zu sein.



Gut lachen hatte Daniel Baldy: Einen Tag nach seinem Geburtstag gewann er das Direktmandat und zog in den neuen Bundestag ein. Foto: Christian Spies

### **Zur Person**

Daniel Baldy wurde am 25. September 1994 in Bingen geboren, wohnt in Münster-Sarmsheim (Kreis Mainz-Bingen), ist ledig. Nach dem Abitur absolvierte er ein Lehramtsstudium an der Uni in Mainz und war bis zum vergangenen Juli Studienreferendar für Geschichte, Katholische Religion und Sozialkunde am Heinrich-Heine-Gymnasium in Kaiserslautern. 2011 trat er in die SPD ein, von 2014 bis 2018 war er Juso-Vorsitzender im Kreis Mainz-Bingen. Seit 2014 ist er Mitglied im SPD-Kreisvorstand und hier seit 2018 Schriftführer. Er ist Gewerkschaftsmitglied in der GEW und der IG BCE, Personalrat am Studienseminar Kaiserslautern für das Lehramt an Gymnasien sowie Mitglied der SGK. Eng verbunden ist Daniel Baldy auch mit Vereinen in seiner Heimat, unter anderem Mitglied im Sportverein, im Kerbe-Club oder auch Fassenachtsverein.